

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katharina Schulze GRÜ**

vom 20.02.2017

- mit Drucklegung -

Ausspähung der Gülen-Bewegung durch türkische Konsulatsangehörige in Bayern

Laut Medienberichten sammeln türkische Religionsattachés in einigen deutschen Städten Informationen über Organisationen und Personen, die nach ihrer Auffassung der „Gülen-Bewegung“ nahestehen. Auch der türkische Religionsattaché in München, der gleichzeitig Fachvorgesetzter der in München predigenden Imame der Ditib ist, ist offenbar in dieser Weise tätig geworden (SZ vom 10.2.17) und hat seine Vorgesetzten in der Türkei in einem ausführlichen Schreiben informiert. Bereits im Herbst wurden türkische Religionsattachés in einem weltweit versandten Fragenkatalog aufgefordert, detailliert über die Aktivitäten von vermeintlichen Gülen-Institutionen zu berichten. Die Liste dieser Institutionen enthält auch etliche in Bayern tätige Einrichtungen und deren Kooperationspartner, darunter so angesehene wie die Stelle für interkulturelle Arbeit der Stadt München, die Münchner Volkshochschule oder die Katholische Universität Eichstätt. Abgesehen von den möglichen strafrechtlichen Implikationen (in NRW ermittelt die Bundesanwaltschaft, Wohnungen von Imamen wurden durchsucht) wäre dieses Verhalten, wenn es sich bestätigen würde, nicht mit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit deutschen Behörden, demokratisch gewählten Politikerinnen und Politikern und anderen muslimischen Verbänden vereinbar.

Ich frage daher die Staatsregierung:

1.1 Ist der Staatsregierung das Schreiben des türkischen Religionsattachés bekannt?

1.2 Wenn ja, seit wann hat die Staatsregierung Kenntnis über das Schreiben des türkischen Religionsattachés bekannt?

1.3 Wie bewertet die Staatsregierung das Schreiben des türkischen Religionsattachés?

2.1 Welche Schritte hat die Staatsregierung diesbezüglich unternommen?

2.2 Falls noch keine Schritte unternommen worden sind, welche Schritte wird die Staatsregierung unternehmen?

3.1 Welche Konsequenzen beabsichtigt die Staatsregierung aus dem Verhalten des Religionsattachés zu ziehen?

4.1 Welche Informationen hat die Staatsregierung über die Rolle von Ditib bei diesen Vorgängen?

4.2 Hat die Staatsregierung Hinweise darauf, dass Vertreter von Ditib bei der Informationsbeschaffung eine Rolle gespielt haben und gleichzeitig in staatlichen Gremien oder Runden Tischen, etc. sitzen? (bitte einzeln auflisten)

4.3 Ergeben sich aus diesem Vorgang Konsequenzen für die Zusammenarbeit der Staatsregierung mit Ditib?

5.1 Sind der Staatsregierung Ermittlungen der Staatsanwaltschaft oder des Generalbundesanwalts diesbezüglich bekannt?